

GESCHÄFTSBERICHT 2010 – 2011

Verabschiedet von der Geschäftsleitung
zuhanden Parteitag 8./9. September
2012 in Lugano

Der Geschäftsbericht 2010 - 2011, verfasst in der jeweiligen Muttersprache des/der VerfasserIn, ist aus Kostengründen nur elektronisch verfügbar und wird nicht mehr gedruckt und verschickt.

Er kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden.



Inhaltsverzeichnis

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage	2
Geschäftsleitung:	2
Delegiertenversammlung vom 27. Februar 2010	2
Delegiertenversammlung vom 29. Mai 2010	2
Ordentlicher Parteitag 30. / 31. Oktober 2010	2
Ausserordentlicher Wahlparteitag 26. März 2011	3
Delegiertenversammlung 25. Juni 2011	3
Delegiertenversammlung 1. Oktober 2011	3
Delegiertenversammlung 3. Dezember 2011	4
SP Fraktion der Bundesversammlung	5
Juso Schweiz	6
Fachkommissionen	11
Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé	11
Fachkommission Verkehr und Fernmeldewesen	11
Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung	12
Die Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur	13
Fachkommission Migration und Integration	14
Fachkommission Staat und Recht	14
Fachkommission sexuelle Orientierung und Identität	15
Fachkommission Wirtschaft und Finanzen	15
Fachkommission Landwirtschaft	15
Fachkommission für Aussenpolitik	16
Fachkommission für Frieden und Sicherheit	17
Bildung in den Jahren 2010 und 2011	18
Mitgliederstatistik seit 1995 (Stand März 2012)	19

Präsidium, Geschäftsleitung, Delegiertenversammlungen & Parteitage

Präsidium:

Seit dem ordentlichen Parteitag 2008 in Aarau kennt die SP Schweiz das Gremium Präsidium, welches sich gemäss Statuten aus dem Präsidenten, der Fraktionspräsidentin, den VizepräsidentInnen und dem Generalsekretär zusammensetzt. Das Präsidium tagte vierzehntäglich und war für die Führung der laufenden politischen Geschäfte, basierend auf den Entscheidungen der Geschäftsleitung, der Delegiertenversammlung und des Parteitages zuständig. So befasste sich das Präsidium etwa mit der Vorbereitung der verschiedenen Abstimmungskämpfe und der ersten Überlegungen zur Wahlkampagne 2011.

Geschäftsleitung:

In der Berichtsperiode tagte die Geschäftsleitung an 19 ordentlichen Halbtagsitzungen sowie an zwei zusätzlichen Ganztagsitzungen. Die GL diskutierte und verabschiedete in dieser Zeit mehrere Dutzend Vernehmlassungen, Positions- und Thesenpapiere zuhanden von Delegiertenversammlungen und Parteitagen. Insbesondere die Vorbereitungen der Parteitage 2010 in Lausanne mit der Revision des Parteiprogramms und des ausserordentlichen Wahlparteitages 2011 in Zürich mit dem offiziellen Startschuss für den Wahlkampf forderte seitens der GL-Mitglieder grosses Engagement, Zeit und Sitzungspräsenz. In die Berichtsperiode fielen auch die Vorbereitungsarbeiten für das Referendum gegen die AVIG-Revision, die Lancierung der Volksinitiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative)“ und die Initiierung der Initiative „für eine öffentliche Krankenkasse“ die von einem Trägerverein mit über 20 Patienten-Organisationen, Parteien, Berufsfach- und Branchenverbände sowie Gesundheitsorganisationen und Gewerkschaften mitunterstützt worden ist.

Delegiertenversammlung vom 27. Februar 2010

Die Delegiertenversammlung in Bern stand ganz im Zeichen der Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Geführt wurde eine vertiefte Diskussion über die Arbeitslosigkeit und deren Lösung. Im Vordergrund stand die Debatte des Referendums gegen die AVIG-Revision, welches einstimmig beschlossen worden ist. Im weiteren diskutierten die Delegierten Massnahmen zur nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Zu diesem Zweck wurde die Eidgenössische Volksinitiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech-Initiative)“ lanciert.

Delegiertenversammlung vom 29. Mai 2010

An der Delegiertenversammlung in Frauenfeld beschäftigten sich die Delegierten mit mehreren Grundsatzentscheiden für die soziale Gerechtigkeit.

Zur Eidgenössische Abstimmung vom 26. September 2010 fassten die Delegierten einstimmig die Nein-Parole zum Abbau bei der Arbeitslosenversicherung. Ebenfalls sprach sich die Delegiertenversammlung für die Mindestlohninitiative aus, die in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund lanciert worden ist. Schliesslich beschlossen die Delegierten, dass das Referendum gegen die 11. AHV-Revision wie sie damals bestand, ergriffen werden soll.

Ordentlicher Parteitag 30. / 31. Oktober 2010

Am Parteitag in Lausanne standen zwei Themen im Zentrum: Die Revision des Parteiprogramms und die Regierungsbeteiligung. Bei der Frage der Regierungsbeteiligung war ein Trauerspiel um die Departementsverteilung (Wahl von Simonetta Sommaruga in den Bundesrat) vorausgegangen. Dazu standen mehrere Resolutionen zur Abstimmung an. Die Resolution der Geschäftsleitung wurde derjenigen der Jungsozialisten deutlich vorgezogen und schliesslich einstimmig verabschiedet.

Das zweite bestimmende Thema des Parteitages war die Debatte des neuen Parteiprogramms. Darin bekennt sich die SP klar zu den sozialen Werten und Errungenschaften sowie zu einer neuen, sozialeren Wirtschaftsordnung. Ebenso wird sich die SP weiterhin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU engagieren. Darüber hinaus hat eine Mehrheit der Parteitagsdelegierten beschlossen, die Armeeabschaffung als Parteiziel ins Programm zu schreiben. Genauso deutlich haben sich Delegierten für das Stimmrechtsalter 16 ausgesprochen. Auch diese Absicht wird im Parteiprogramm verankert.

Mit einer Standing Ovation bestätigten die Parteitagsdelegierten Christian Levrat als Parteipräsident und mit Akklamation wurden die bisherigen VizepräsidentInnen Jacqueline Fehr (ZH), Pascale Bruderer (AG), Marina Carobbio Guscetti (TI) Stéphane Rossini (VS) und Cédric Wermuth (JUSO) sowie Generalsekretär Thomas Christen in ihrem Amt bestätigt.

Für die Eidgenössischen Abstimmungen vom 28. November 2010 beschloss der Parteitag einstimmig die Ja-Parole zur Eidgenössischen Initiative „für faire Steuern“. Zur Ausschaffungs-Initiative wie auch zum Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament beschloss die Delegierten klar die Nein-Parole.

Ausserordentlicher Wahlparteitag 26. März 2011

Der ausserordentlichen Wahlparteitag in Zürich diente dem offiziellen Startschuss für den nationalen Wahlkampf 2011. Geführt wurde die Wahlkampagne mit dem Slogan „Für alle statt für wenige!“ Damit verfolgt die SP eine Politik zum Wohl der gesamten Bevölkerung. Das heisst, die Politik muss allen dienen, statt ein paar wenigen. Im Zentrum der Debatte stand die Diskussion um das 10 Punkte-Programm für die nächsten Jahre mit zehn konkreten Projekten.

Schliesslich haben sich die Parteitagsdelegierten mit der neu angefachten Atom-Debatte befasst und eine Resolution zum geordneten und koordinierten Atom-Ausstieg mit der Abschaltung der drei ältesten Schweizer Reaktoren verabschiedet. Ebenfalls beschlossen wurde eine Resolution für mehr bezahlbaren Wohnraum. Auch die Forderung der SP Schweiz international, welche einen Ausschluss von Autokraten aus der Sozialistischen Internationalen verlang, wurde aufgenommen.

Delegiertenversammlung 25. Juni 2011

Die Delegiertenversammlung in Olten fokussierte sich einerseits auf die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer und andererseits gegen die explosionsartig ansteigenden Krankenkassenprämien. Damit bestätigt die SP zwei Projekte des 10 Punkte-Programms, welches am ausserordentlichen Wahl-Parteitag in Zürich im Frühjahr beschlossen worden ist. Die Delegierten stellen sich klar gegen die aktuelle Wirtschaftspolitik von Bundesrat und Nationalbank. In einer Resolution wird eine ausserordentliche Session der Eidgenössischen Räte gefordert, welche sich im Herbst mit dem anhaltend starken Franken und den negativen Folgen für Wirtschaft sowie Konsumentinnen und Konsumenten befasst.

Einstimmig beschlossen die Delegierten, die Lancierung der Initiative „Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV“ zu unterstützen. Damit soll die extrem ungleiche Verteilung des Reichtums in unserem Land behoben werden. Die Initiative verlangt, dass Erbschaften in der Höhe von mehr als zwei Millionen Franken mit 20 Prozent besteuert werden. Zwei Drittel des Ertrages erhält der Ausgleichsfonds der AHV, ein Drittel verbleibt den Kantonen, welche die Steuer veranlagten und einziehen.

Im weiteren verabschiedeten die Delegierten eine Resolution für eine öffentliche Krankenkasse. Dieses politische Anliegen wurde bereits mit der gleichnamigen Volksinitiative aufgenommen.

Delegiertenversammlung 1. Oktober 2011

Die Delegiertenversammlung in Biel stand ganz im Zeichen der Schlussmobilisierung des Wahlkampfes. Neben dem Abschied von Micheline Calmy-Rey, die am Ende der Legislatur ihren Rücktritt bekanntgab und nach 8-jähriger Tätigkeit im Bundesrat ausscheidet, standen vor allem zwei Themen im Mittelpunkt. Erstens die Vereinbarung für eine Sozial- und Wirtschaftspolitik zu Gunsten

aller und nicht bloss im Interesse einiger weniger. Dazu wurde von den Delegierten einen „contrat social & économique“ verabschiedet, in welchem die Sicherung des Arbeitsplatzes, Massnahmen gegen Spekulation und gegen die Eskapaden des Finanzmarkts sowie eine Stärkung der Kaufkraft und der Sozialwerke gefordert wurde. Und zweitens beschlossen die Delegierten mit einem breiten Bündnis die Lancierung einer Volksinitiative gegen den Kauf neuer Kampfjets vorzubereiten. Dazu hat die SP unmittelbar nach dem Entscheid des Nationalrats eine Petition gestartet, die innerhalb kurzer Zeit von über 12 000 Personen unterzeichnet worden ist.

Delegiertenversammlung 3. Dezember 2011

Die Delegiertenversammlung in Luzern stand einerseits im Zeichen der anstehenden Bundesratswahlen. Dazu setzten die Delegierten ein deutliches Bekenntnis zu einer starken Vertretung der SP im Bundesrat. In einem weiteren Schwerpunkt bekräftigten die Delegierten, dass die angestrebte Beschaffung neuer Kampfjets einerseits mit einem Referendum oder allenfalls mit einer Volksinitiative bekämpft werden soll.

Ebenso beschäftigten sich die Delegierten mit dem Thema der Unterstützung des Referendums gegen die Managed Care-Vorlage. Die Delegierten kamen in dieser Diskussion zum Schluss, dass die ursprüngliche Absicht, eine gute Vorlage auszuarbeiten im Verlaufe der Debatten gescheitert ist. Die Vorlage, wie sie verabschiedet worden ist, verstärkt die Sparpolitik im Gesundheitsbereich und bildet einen weiteren Schritt hin zu einer Kommerzialisierung des Gesundheitssystems und hin zu einer Zweiklassenmedizin. Dazu beschlossen die Delegierten mit einer deutlichem Mehrheit sich dieser Entwicklung entgegenzusetzen und befürworten das Referendum gegen die Managed Care-Vorlage.

Nach dem Rücktritt von Vizepräsident Cédric Wermuth, wählten die Delegierten Juso-Präsident David Roth einstimmig zum Vize-Präsidenten der SP Schweiz.

Für die Eidgenössischen Abstimmungen vom 11. März 2012 beschloss die Delegiertenversammlung folgende Parolen:

Mit grosser Mehrheit Ja zur Eidg. Volksinitiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!“

Einstimmig Nein zur Eidg. Volksinitiative „Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)“

Mit grosser Mehrheit Ja zur Eidg. Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“

Einstimmig Ja zum Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls“

Mit grosser Mehrheit Ja zum Bundesgesetz über die Buchpreisbindung.

SP Fraktion der Bundesversammlung

„Für alle statt für wenige.“ Unser Wahlslogan im Wahljahr 2011 war und ist uns Verpflichtung. Wir kämpfen für eine Politik für die ganze Bevölkerung, statt für ein paar wenig Privilegierte, für eine Schweiz des Miteinanders, statt des Gegeneinanders.

Die grösste Herausforderung im Jahr 2011 waren die nationalen Wahlen. Nicht weniger als 9 Nationalräte traten nach der letzten 48. Legislatur zurück. André Daguët, Mario Fehr, Christine Goll, Andrea Hämmerle, Fabio Pedrina, Doris Stump, Jean-Claude Rennwald, Jean-Charles Rielle und Anita Thanei haben die Fraktion und die Politik unsere Partei in den letzten Jahren geprägt. Ihnen gehört ein grosses Dankeschön.

Erfreulicherweise waren die Eidgenössischen Wahlen ein Erfolg. Alle wiederkandierenden Mitglieder der Fraktion wurden wieder gewählt. Neben den Sitzgewinnen im Ständerat konnten wir auch im Nationalrat zulegen. Dank eines Sitzgewinns in der Waadt kamen wir neu auf ein Plus von vier Sitzen - einem Verlust im Tessin standen Sitzgewinne in Solothurn, Freiburg, Wallis und in der Waadt gegenüber. Damit distanzieren wir uns noch klarer von allen anderen etablierten Parteien. Und es kam noch besser. Am 27. November 2011 dann die grosse Überraschung im Kanton St. Gallen. Nach der Waadt und in Bern ging der zweite Wahlgang auch im Kanton St. Gallen zu Gunsten der SP-Kandidatur aus. Paul Rechsteiner, wurde neuer Ständerat. Eine so starke Delegation konnte die SP im Ständerat bisher noch nie stellen. Mit der Wahl von Christian Levrat wurde dieses Topresultat bei der Ersatzwahl von Alain Berset im Kanton Freiburg nochmals bestätigt.

Dieser Erfolg war nur möglich, weil unsere Kandidatinnen und Kandidaten einen starken Wahlkampf geliefert hatten. In der entscheidenden Schlussphase ging es darum, das WählerInnenpotential durch eine schweizweit sichtbare Strassenpräsenz auszuschöpfen. In der ganzen Schweiz führten über 200 SP-Sektionen insgesamt über 800 Aktionen durch. So verteilten wir in der ganzen Schweiz 100'000 Rosen. Ganz nach dem Wahlspruch: Rosen, Gipfeli und Äpfel für alle – statt für wenige.“ Auch hier ein grosses Dankeschön an alle.

Die Rücktritte unserer beiden Bundesräte Moritz Leuenberger und Micheline Calmy-Rey waren für die Fraktion eine grosse Herausforderung. Galt es doch die beiden Sitze mit den von uns nominierten Personen zu ersetzen. In beiden Ersatzwahlen nominierte die Fraktion für die Wahl in der Bundesversammlung jeweils zwei Persönlichkeiten. Unsere ehemalige Ständerätin Simonetta Sommaruga wurde am 22. September 2010 in den Bundesrat gewählt. Mit dieser Wahl wies der Bundesrat erstmals eine Frauenmehrheit auf. Am 14. Dezember 2011 wählte die Bundesversammlung Ständerat Alain Berset in den Bundesrat. Unsere beiden Bundesräte sind ausgewiesene und kompetente Politiker und Teamplayer in der Landesregierung, bereits hinterlassen sie die Spuren unserer Politik.

Die SP Fraktion zählt heute 57 National- und Ständeräte. Mit den sehr erfolgreichen Wahlen sind wir heute deutlich die zweitgrösste Partei in Bundesbern – nur gerade 5 Sitze hinter der grössten. Zusammen mit unserer Bundesrätin und unserem Bundesrat setzen wir uns für Lösungen ein, die allen dienen.

Juso Schweiz

Jahres- und Delegiertenversammlungen

Das Jahr 2011 begann für die JUSO Schweiz mit der zweitägigen Jahresversammlung in Bern. Thema waren in erster Linie die Neuwahlen ins Präsidium, das Zentralsekretariat und die Geschäftsleitung, aber auch der Vorschlag für ein 10-Punkte-Programm zuhanden der SP. Im Mai fand die erste Delegiertenversammlung in Baden/AG statt, traktandiert war das Positionspapier «Mit Demokratie zur Energiewende» und tags darauf lief eine beachtliche JUSO-Delegation am «Menschenstrom gegen Atom» mit. Im Juli folgte die Delegiertenversammlung in Sarnen/OW, an welcher die Schweizer Bodenpolitik für Diskussionsstoff sorgte. An der Delegiertenversammlung im September verabschiedete die JUSO ihre Position zur Parteienfinanzierung, Werner Vontobel hielt zudem einen Vortrag zur Staatsverschuldungsproblematik (Griechenland). Im Anschluss fand das Finale des nationalen JUSO-Bandcontests in Zürich statt. Anfangs November an der ausserordentlichen Jahresversammlung in Liestal/BL wurde das heiss diskutierte Positionspapier zur Regierungsbeteiligung verabschiedet und es fanden Geschäftsleitungswahlen statt. Zudem empfing die JUSO alle SP-BundesratskandidatInnen zu einem Hearing und gab im Anschluss ihre Nominationsempfehlung für die SP-Geschäftsleitung ab. Im Dezember trafen sich die Delegierten dann in Fribourg, dort wurde das Demokratiepapier erstmals vorgestellt und das Vize-Zentralsekretariat besetzt. Den Jahresabschluss feierten wir mit dem neugewählten Bundesrat Alain Berset im Centre Fries bei Bier und feinem Nachtessen.

Geschäftsleitung

An der letzten Jahresversammlung wurde David Roth (Luzern) als Nachfolger für den abtretenden Präsidenten Cédric Wermuth gewählt. Auf die abtretende Zentralsekretärin Tanja Walliser folgte Kristina Schüpbach (Thurgau). Weiter wurden die beiden freiwerdenden Geschäftsleitungssitze von Marco Kistler und Sebastian Dissler besetzt, neu in die Geschäftsleitung wurden Meret Herger (Zürich) und Florian Sieber (Zürich) gewählt. Zudem wurden die zwei Vize-PräsidentInnen Nicolas Buntschu und Mattea Meyer, sowie die bisherigen Geschäftsleitungsmitglieder Yves Fankhauser, Seraina Fürer und Monika Simmler wiedergewählt.

Auf die Delegiertenversammlung vom November traten Yves Fankhauser und Monika Simmer aus der Geschäftsleitung zurück. Neugewählt wurde Jonas Zürcher (Bern) und in Folge der neu geschaffenen Sekretariatsstelle wurde im Dezember Filippo Rivola (Waadt) als Vize-Zentralsekretär gewählt.

Sektionen

Bereits 2010 haben wir es geschafft, dass wir neben der SVP die einzige Partei im Land sind, welche in jedem Kanton eine Sektion hat. 2011 konnten wir eine neue Untersektion in der JUSO Schweiz begrüßen. Herzlich willkommen, JUSO Wil-Toggenburg! Zudem haben einige Sektionen weitere Regional- oder Kantigruppen gegründet und konnten so ihren Einfluss ausweiten.

Der Kontakt zwischen der JUSO Schweiz und den Sektionen wurde 2011 stark intensiviert und wird laufend durch Sektionsbesuche und Sektionskonferenzen verbessert.

1:12-Initiative

Am 21. März 2011 war es endlich soweit – die 1:12-Initiative wurde mit 130'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht! Nach einjähriger Sammelphase und anstrengenden Beglaubigungstagen im Sekretariat hat unsere Initiative die erste grosse Hürde geschafft. Mitte April 2011 hat die Bundeskanzlei die 1:12-Initiative mit 113'005 Unterschriften für gültig erklärt.

Und im Januar 2012 folgte dann die Botschaft des Bundesrates, welcher die 1:12-Initiative zur Ablehnung empfiehlt. Fast zeitgleich hat die JUSO eine bei Demoscope in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage publiziert, in welcher sich 55% für eine Lohnbandbreite von 1:12 oder gar tiefer und nur gerade 9% generell gegen eine Lohnbandbreite aussprechen.

Nationale Wahlen

2011 sind insgesamt 192 JUSO-NationalratskandidatInnen und ein Ständeratskandidat in 18 Kantonen zur Wahl angetreten.

Mit verschiedenen Aktionen (Bonzen bauen Mauern, Politiker Versteigerung usw.) war die JUSO Schweiz im Wahlkampf präsent. Mit den Aktionswochen zu den Themen Verkehr, Bildung und Umverteilung hatten wir die Möglichkeit, zu drei verschiedenen JUSO-Themen auf nationaler Ebene Position zu beziehen und diese in den Sektionen auf der Strasse den Passantinnen und Passanten näher zu bringen. Erstmals war die JUSO derart präsent bei nationalen Wahlen und sorgte mit ihren Aktionen (insbesondere den Post-its) für viel Aufmerksamkeit.

Dank dem unglaublichen Einsatz vieler JUSOs haben wir es auf den ersten Rang im Jungparteien-Ranking geschafft. Mit 0.91% (+0.38%) WählerInnenprozent ist die JUSO die stärkste Jungpartei! Doch das ist nicht der einzige Erfolg, mit Cédric Wermuth (AG) und Mathias Reynard (VS) haben erstmals zwei JUSO-Vertreter den Sprung in den Nationalrat geschafft.

Occupy

Im Herbst 2011 kam die Occupy-Bewegung auch in die Schweiz. Von Anfang an dabei war die JUSO, welche bereits im Vorfeld der ersten Proteste auf dem Paradeplatz organisatorische Aufgaben wahrnahm und mobilisierte. Nach etlichen Vollversammlungen auf dem Lindenhof (Ort des Occupy-Protestcamps) und verschiedenen Protestaktionen auf dem Paradeplatz, weitete die JUSO die Occupy-Proteste aus und rief zum «Occupy Villa Vasella» an Vasellas Wohnort in Riesch/ZG auf. Während den Wintermonaten wurde es dann etwas ruhiger um die Bewegung bis am 21. Januar in Davos das «OccupyWEF – Igloo Camp» aufgestellt wurde und Occupyler_innen ihren Proteste auf Davos und somit Mitten ins Herzen des alljährlichen Weltwirtschaftsforums trugen.

SP Schweiz

Verantwortlich: Meret Herger

Die JUSO schaffte es, an den SP-Delgiertenversammlung Präsenz zu zeigen und ganz verschiedene JUSOs legten starke Auftritte am Rednerpult hin. Die Diskussion um das 10-Punkte-Programm wurde von der JUSO ebenfalls stark geprägt, indem die JUSO ein eigenes 10-Punkte Programm demjenigen der SP gegenüberstellte. Zudem brachte sie beispielsweise die Resolution zur Regierungsbeteiligung bei der SP durch und schaffte es, dass David Roth ins Vize-Präsidium der SP Schweiz gewählt wurde – einstimmig! Dies lässt nur Gutes vermuten und auf einen starken Auftritt der JUSO hoffen bei der Migrationsdebatte, welche uns im nächsten Jahr erwartet!

Projekte – Stand der Umsetzung

Bildung (Winterschool, Sommerlager, Regionallager)

Verantwortlich: Mattea Meyer, Meret Herger

Das Jahr 2011 wurde mit einem bildungspolitischen Auftakt eingeläutet: Anfangs Januar 2011 fand in Schüpfheim (LU) die Winterschool statt, die im Zeichen der Wahlkampfvorbereitungen stand und schon zu Jahresbeginn eine gute Stimmung für die Wahlen im Oktober verbreitete.

Im August fand zum dritten Mal das JUSO-Sommerlager statt: Mehr als 120 JUSOs genossen Sommer, Sonne, Sozialismus im wunderschönen Grand Hôtel in Chandolin (VS). Am Morgen fanden jeweils wieder WSWS-Workshops (Warum sind wir SozialistInnen-Workshops) statt, diesmal noch mit einem dritten Workshop (WSWS III). In über 20 Nachmittagsworkshops wurden zudem theoretische und praktische Polit-Kenntnisse zu verschiedensten Themen vermittelt. Das Lager war mitsamt seinem vielfältigen Abendprogramm ein super Erlebnis und wir dürfen uns schon auf das nächste Lager sowie auf zahlreiche Regiolager im Frühling 2012 freuen.

Sektionshandbuch & Sektionsteam

Verantwortlich: Seraina Fürer, Florian Sieber

In den 2010 erschienenen Sektionshandbüchern wurden erstmals wichtige organisatorische Punkte schriftlich festgehalten. Basierend auf diesen Handbüchern fand im Juni das zweite Sektionsweekend statt. An diesem wurden Workshops zu den einzelnen Punkten der Sektionsarbeit, insbesondere auch zum Wahlkampf, durchgeführt und der Austausch zwischen den einzelnen Sektionen intensiviert. Im neuen Jahr soll ein umfassendes Sektionshandbuch zum Wahlkampf folgen mit erlernten Tipps&Tricks aus den Wahlen 2011, ein drittes Sektionsweekend organisiert und die Workshops vermehrt auch in den Sektionen durchgeführt werden.

ParlamentarierInnen-Treffen

Verantwortlich: Mattea Meyer

Das Jahr 2011 war für die JUSO-ParlamentarierInnen ein Erfolgsjahr: 85 JUSOs sitzen in kommunalen, kantonalen Parlamenten oder sind Exekutivmitglieder einer Gemeinde. Weiter schafften zwei JUSOs (Cédric Wermuth und Mathias Reynard) den Sprung in den Nationalrat.

Für die JUSO-Parlis fanden im vergangenen Jahr zwei Veranstaltungen zum Thema «*Wohnpolitik – eine soziale Raumplanung?*» und «*Finanzpolitik – Budgetdebatten in einem bürgerlichen Parlament*» statt. So nahmen am 7. Mai 2011 rund 30 ParlamentarierInnen an einem vielseitigen Quartierrundgang in Zürich teil und diskutierten anschliessend mit Experten über Nutzungspläne, Genossenschaften und eine soziale Bodenpolitik. Anfangs März 2012 tauschten sich die ParlamentarierInnen über linke Strategien und Taktik in Budgetdebatten aus.

In Anschluss an die Verabschiedung des Energie- und des Bodenpolitik-Papiers reichten zahlreiche JUSO-ParlamentarierInnen Vorstösse ein. So verlangten sie im Juni mit einem Vorstoss, dass Bauvorschriften für Solaranlagen gelockert, sowie das Bewilligungsverfahren vereinfacht werden soll. Im Juli forderte die JUSO in mehreren Kantonsparlamenten eine Standesinitiative, um den Immobilienmarkt dem Geldwäscherei-Gesetz zu unterstellen. Mit Erfolg – das Kantonsparlament Luzern überwies die Standesinitiative von David Roth.

JUSOpedia

Verantwortlich: Meret Herger

Als neues Projekt wurde 2011 die Plattform JUSOpedia ins Leben gerufen. JUSOpedia ist eine Internet- und Austauschplattform der JUSO. Sie funktioniert ähnlich wie Wikipedia, ist allerdings mit JUSO-Inhalten gefüllt. Es können allerlei Materialien hoch- und runtergeladen werden, die für andere Sektionen auch nützlich sein können. So soll erreicht werden, dass die Sektionen voneinander profitieren können und das Rad (oder eben der Flyer/das Plakat) nicht jedes Mal neu erfunden werden muss. Bereits sind viele Materialien auf der Plattform zu finden, und es bleibt zu hoffen, dass sie demnächst die 1000er-Marke an Materialien überschreitet.

Polittour & Hochschulgruppen

Verantwortlich Polittour: Seraina Fürer

Verantwortlich Hochschulgruppen: Florian Sieber

Anfangs Sommer wurde das Projekt «Polittour» mit einer Medienkonferenz in Anwesenheit der anderen Jungparteien mit Ausnahme der JCVP, die nicht teilnehmen konnte, lanciert. Während des Wahlkampfes fanden dann in verschiedenen Sektionen im Rahmen der «Polittour» Schulbesuche statt. Für welche hat die JUSO Schweiz eine inhaltliche Zusammenstellung unserer Positionen gemacht und den grafischen Auftritt des Projekts gesorgt hat. Leider mussten wir jedoch feststellen, dass die Zusammenarbeit mit den anderen Jungparteien nicht immer ganz einfach ist und vielfach auf kantonaler Ebene besser klappt als auf nationaler. Auch im kommenden Jahr werden solche Schulbesuche stattfinden.

Leider wurden im Ressort «Uni-Gruppen» nicht alle angepeilten Ziele erreicht, so existiert noch keine Aufstellung darüber, welche JUSOs wo studieren und mit welchem Studienfach. Auch ist der Organisationsgrad an den verschiedenen Universitäten sehr unterschiedlich: An manchen Universitäten (z.B. Zürich, Bern) beteiligen sich viele JungsozialistInnen aktiv an der Studierendenpolitik, sind Mitglied in linken Hochschulgruppen und stellen mehrere Sitze in den Studierendenparlamenten, während dies an anderen Universitäten nicht der Fall ist. Die Anstrengungen zur Organisation der studierenden JUSOs sollen im kommenden Jahr verstärkt werden, um zu garantieren, dass die Universitäten von linker Seite (also uns) repolitisiert werden und der fortschreitenden Ökonomisierung der Bildung der Boden entzogen wird.

Internationales

Verantwortlich: Florian Sieber

Auch im Jahr 2011 war für die internationale Solidarität für die JUSO Schweiz von Bedeutung. Als Reaktion auf den politischen Massenmord an 69 GenossInnen der Norwegischen JungsozialistInnen organisierten Schweizerische JUSOs in mehreren Städten Mahnwachen um ihre Solidarität mit unseren Norwegischen GenossInnen zu bekunden. Das kurz auf die schrecklichen Ereignisse folgende IUSY Sommerlager am Österreichischen Attersee mit insgesamt 2500 TeilnehmerInnen aus rund 100 Ländern wurde im Zeichen der Trauer begangen. Mit Fackeln und Liedern aus der ArbeiterInnenbewegung wurde den Ermordeten und ihren Angehörigen gedacht. Die JUSO nahm am Camp mit einer Delegation von 35 GenossInnen teil. Doch auch andersweitig wurden die Kontakte zu unseren ausländischen PartnerInnenorganisationen gepflegt.

Dies geschah zu grossen Teilen sehr regional, wie zum Beispiel bei der Teilnahme einiger JUSOs an den antifaschistischen Protesten in Dresden. Die bisher unternommenen Anstrengungen zur

Neubildung der Alpintern (jungsozialistische Alpeninternationale) scheinen langsam Früchte zu tragen und ein gemeinsames Bildungsweekend wird Ende Mai 2012 stattfinden.

Merchandising

Verantwortlich: Jonas Zürcher

Neue Merchandising-Artikel wurden 2011 insbesondere im Rahmen des Wahlkampfes produziert. So hat die JUSO Schweiz grosse und kleine Post-its, Feuerzeuge und Mitgliederfahnen realisiert, welche ihren Beitrag zum Wahlkampf geleistet haben. Insbesondere die Post-its wurden zu einem der wichtigsten Element des Wahlkampfes in vielen Sektionen.

Ausblick

Trotz vielen erfolgreichen Kampagnen und Projekten, gibt es immer noch einige Baustellen in der JUSO Schweiz. So müssen wir leider feststellen, dass Frauen, Arbeitende und MigrantInnen in der JUSO Schweiz noch immer untervertreten sind. Obwohl sich der Kontakt mit der Romandie, vor allem auch durch die neue Stelle im Sekretariat verbessert hat, gilt es hier die Stärkung der Westschweizer Sektionen weiter voranzutreiben. Ebenfalls verbessert hat sich der Kontakt unter den Sektionen, mit den verschiedenen Projekten (JUSOpedia, Regiolager etc.) soll dieser Austausch im nächsten Jahr weiter verbessert werden. Um diese Ziele zu erreichen, braucht es unser aller Engagement, sowohl der Geschäftsleitung als auch von euch allen.

Fachkommissionen

Commission spécialisée de la politique sociale et de la santé

Dans le domaine de la politique de la santé, face à l'ampleur notamment de l'augmentation des primes LAMal, la commission a souhaité encourager les réformes pour innover et utiliser au mieux les ressources publiques et collectives. Elle a adopté dans ce sens un papier de position du PS intitulé « assurance-maladie obligatoire : le PS pour une maîtrise des coûts effective et durable ». L'année suivante, afin de compléter ces revendications, elle a approuvé un autre papier de position « Justice distributive, financement socialement acceptable et qualité pour tous », qui mentionne d'autres mesures. La caisse publique d'assurance-maladie et le lancement de l'initiative y relative ont également été thématiques durant cette période. Par ailleurs, la commission s'est informée régulièrement sur l'état des révisions LAMal ou celles en lien avec la politique de la santé en cours (Managed-Care ; Mesures pour endiguer l'évolution des coûts ; Loi sur la prévention). En vue de la révision de la loi sur les épidémies, Catherine Riva et le Dr. Jean Pierre Spinosa, auteurs de l'ouvrage « la piqûre de trop ? », sont intervenus, s'interrogeant sur les campagnes de vaccination en général et sur celle ayant trait au papillomavirus humain en particulier, dénonçant dans ce contexte le rôle par trop opaque de l'industrie pharmaceutique et l'existence de conflits d'intérêts.

S'agissant de la sécurité sociale, dans le but d'une stratégie pour une politique nationale de la vieillesse, la commission s'est fait présenter le rapport « Politiques cantonales de la vieillesse en Suisse » par le Dr. phil. Caroline Moor (Université ZH). Elle a pris position sur la 11^e révision de l'AVS (2^e version), prenant part à l'argumentation du PS pour la mettre en échec. En outre, après l'intervention de Michael Brändle (SUVA) sur la révision LAA, elle s'est positionnée pour empêcher cette révision inutile. Enfin, la commission a souhaité en savoir plus sur le handicap psychique et la difficulté de l'intégration professionnelle. Florence Nater (CORAASP) est intervenue dans ce sens. Le Dr. Niklas Baer (Fachstelle psychiatrische Rehabilitation, BL) a par ailleurs présenté les études "Analyse de dossiers d'invalidité pour raisons psychiques" et « Les collaborateurs «difficiles»: perception et résolution des problèmes liés à des troubles psychiques par les supérieurs et les responsables du personnel ». La 6^e révision AI a fait l'objet de discussions nourries au sein de la commission, ainsi que du Forum pour les questions relatives aux personnes handicapées. Au surplus, suite au jugement du Tribunal fédéral relatif à un traumatisme de type „coup du lapin », un colloque extraordinaire a été organisé par les conseillères nationales Silvia Schenker et Susanne Leutenegger Oberholzer.

Fachkommission Verkehr und Fernmeldewesen

Beim Verkehr und Fernmeldewesen haben sich die Parteigremien schwergewichtig mit drei Themen befasst, die unter dem Service public und den damit verbundenen Werten subsummiert werden können: öV, Post und Telekommunikation. Beim öV fanden mehrere Diskussionen statt, zu denen wir uns u.a. mit folgenden Fachleuten austauschen konnten: Caroline Beglinger (VCS), Ueli Stückelberger und Jens Lundsgaard-Hansen (beide BAV), Kurt Signer (damaliger SBB-Generalsekretär) oder Hans Werder (Generalsekretär UVEK). Dabei ging es u.a. um die Bahnlandschaft, die integrierte Unternehmung oder Liberalisierungsfragen. Diskutiert wurden auch der Infrastrukturfonds bzw. die so genannte „Engpassbeseitigung“ bei den Nationalstrassen sowie die Agglomerationsprogramme. Dabei stehen aus Sicht der SP diejenigen Massnahmen im Vordergrund, die den öV und den Langsamverkehr fördern. Ein weiteres grosses Thema war und ist Bahn 2030. Die SP setzt sich für eine ausreichende Finanzierung ein und prüft die verschiedenen zur Diskussion stehenden Varianten (MWST, LSWA, Mineralölsteuer, Pensionskassen, Mobility pricing, Teilzweckbindung CO₂-Abgabe auf Treibstoffen etc.) sorgfältig. Das Erfolgsmodell des FinöV-Fonds soll fortgesetzt werden. Ebenso soll die von der SP unterstützte Initiative „Für mehr öffentlichen Verkehr“ eine Mehrheit finden. Im Bereich Fernmeldewesen fand neben verschiedenen internen Diskussionen ein Austausch mit Martin Dumermuth, Direktor BAKOM, statt. Im Zentrum stand die Frage, welche Service public-Leistung es wann braucht und wie diese finanziert wird. Die Erschliessung mit Glasfasern ist dabei ein zentraler Aspekt, andere Technologien sind zu prüfen. Die Versorgung im

Glasfaserbereich ist heute noch gering, die Dynamik wiederum gross. Im Fokus steht das „Multifasermodell“. In diesem Kontext muss die Frage der Wettbewerbsregulierung diskutiert werden, die auf politischem Weg die flächendeckende und qualitativ hochstehende Erschliessung der ganzen Schweiz garantieren muss. Zum Thema Post fand ein Austausch u.a. mit Alain Carrupt (Gewerkschaft Kommunikation) und Vertretern der Post statt. Die SP setzt sich für einen starken Service public bei der Post ein. Dazu gehören das Restmonopol bei der Briefpost als Finanzierungsinstrument, ein starkes Poststellennetz – gerade auch in den Randregionen – und eine Banklizenz. Die SP hat gemeinsam mit der Geko die Postinitiative lanciert und setzt sich auch bei der Postgesetzrevision für diese Anliegen ein. Damit verbunden sind auch Fragen der Arbeitsplatzqualität und -sicherheit. Auch die „AG Medien“ der SP Schweiz hat sich zu regelmässigen Sitzungen getroffen und im Mai 2010 eine Tagung organisiert zum Thema „Zukünftige Rolle der Trägerschaft SRG“.

Die Fachkommission befasst sich mit den im Bereich Verkehr – vor allem öffentlicher Verkehr – und Fernmeldewesen relevanten Fragen und diskutiert diese schwerpunktmässig unter dem Aspekt des Service public.

Die Fachkommission hat sich mit SBB Cargo befasst und die Pläne der SBB unter dem Stichwort „Umbau, Abbau oder Kahlschlag?“ diskutiert. Inputs folgten von Ruedi Büchi und Christoph Rytz, beide SBB, Frank Furrer, Generalsekretär VAP und Giorgio Tuti, Präsident SEV. Unter anderem stellte sich die Frage, wie die Verlagerung gerade auch des Binnengüterverkehrs als Service public-Auftrag verstanden werden kann.

Ein zentrales Thema war auch die Finanzierung und der langfristige Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI). Ueli Stückelberger, Direktor VöV und Bernhard Meier, SBB, waren als Fachleute anwesend. Grundlage der Diskussion war der Gegenvorschlag des Bundesrats zur öV-Initiative, die die SP mitlanciert hat. Die Frage der Finanzierung der Verkehrsinfrastrukturen war auch Inhalt einer früheren Sitzung, an der unter dem Stichwort „Bahn 2030“ ein Austausch mit Peter Füglistaler, Direktor BAV, stattfand.

Auch der Gotthard hat die Kommission beschäftigt. Das Thema wurde unter folgenden Aspekten diskutiert: Betriebskonzept, Sanierungsphase, Reiseverkehr, Kosten, Scheiteltunnel sowie Zulaufstrecken Gotthard-Basis-Tunnel. Es folgten Inputs von Michel Béguelin, alt Ständerat, Hugo Fessler, Präsident VCS Luzern sowie Alf Arnold, Alpeninitiative.

Beschäftigt haben die Kommission auch die Tarifmassnahmen im öffentlichen Verkehr. Die Frage, wer wie viel bezahlen soll, wurde nach einem Inputreferat von Ueli Stückelberger intensiv diskutiert. Auch das Thema Strasse und die Strategie des ASTRA hat die Kommission beschäftigt. Nach einem Input von Jürg Röthlisberger, Vizedirektor ASTRA, fand eine Diskussion statt zur Frage, wie es weitergeht bezüglich Ausbau der Strassen, Mobilität und deren Finanzierung. Dazu gehörten auch Überlegungen, welche Auswirkungen das Pendeln oder die Raumplanung haben.

Medienpolitische Fragestellungen werden in der „Arbeitsgruppe Medien“ der SP Schweiz diskutiert, die sich vier Mal jährlich unter der Leitung von Pascal Zwicky, der die Nachfolge von Peter Graf übernommen hat, trifft und auch Tagungen zu medienpolitischen Fragen veranstaltet.

Fachkommission Umwelt, Energie und Raumplanung

Die Fachkommission befasste sich schwerpunktmässig mit Fragen, die die Energiewende und damit verbunden den Ausstieg aus der Atomkraft und den Umstieg auf erneuerbare Energien betreffen.

Vertieft diskutiert wurde das Thema Energieeffizienz und welche Massnahmen nötig und möglich sind. Im Zentrum stand die Frage, ob die bundesrätlichen Ziele für die Strategie 2050 ehrgeizig genug sind, wie sich eine ambitionöse

Effizienzpolitik erreichen lässt und welchen Nutzen die Volkswirtschaft daraus zieht. Als Fachleute anwesend waren Laura Kopp vom BFE und Jürg Buri von der Schweizerischen Energiestiftung SES.

Inhalt einer Sitzung –gemeinsam mit der Fachkommission Wirtschaft – war auch das Thema einer ökologischen Steuerreform. Ziel war es, die Erwartungen und Anforderungen an ein solches Projekt aus Sicht der SP zu konkretisieren. Als Fachreferenten anwesend waren Urs Ursprung, damals noch Direktor der eidg. Steuerverwaltung und Gunter Stephan, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern. Die Fachkommission hat zudem ihre ablehnende Positionierung zur Initiative der GLP (Energie- statt Mehrwertsteuer) diskutiert und begründet.

Vertieft diskutiert wurde auch die Frage, welche Potenziale die Sonnenenergie als zentraler Pfeiler für eine nachhaltige Energieversorgung aufweist und so eine umwelt-, wirtschafts- und sozialverträgliche Energiepolitik ermöglicht. Der Fachinput erfolgte durch David Stickelberger, Geschäftsleiter Swissolar.

Im Rahmen der Energiestrategie diskutierte die Kommission zudem folgende weitere Themen: die umstrittene Frage der Pumpspeicherung mit einem Input von Heini Glauser sowie die Frage, wie die Forderungen der Cleantech-Initiative der SP Schweiz umgesetzt werden können.

Weiter traktandierte die Kommission - gemeinsam mit der Fachkommission Wirtschaft - die Forderungen der SP an eine soziale Boden- und Wohnbaupolitik, verbunden mit der Frage der konkreten Umsetzung auf Ebene Gemeinden, Städte und Bund. Als Fachleute anwesend waren Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH sowie Urs Hausmann, Partner bei Wüest & Partner. Basis der Diskussion war die am Parteitag vom 26. März 2011.

Die Fachkommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur

Die Fachkommission befasste sich schwerpunktmässig mit der Frage, wie Chancengleichheit im Bildungswesen auf allen Stufen und Ausbildungswegen gefördert werden kann.

Das Weiterbildungsgesetz bildete den Schwerpunkt einer Sitzung mit dem Ziel, die Positionierung der Partei im Rahmen der Vernehmlassung zu diskutieren. Mit dem Gesetz sollen die Grundsätze von Artikel 64a der Bundesverfassung konkretisiert werden. Für die SP hat dieses Gesetz aus Gründen der Stärkung der Chancengleichheit sowie der Förderung der Grundkompetenzen zentrale Bedeutung. Fachinputs erfolgten durch Ursula Renold, Direktorin BBT, Hansruedi Stadler, Präsident ExpertInnenkommission Weiterbildungsgesetz sowie André Schläfli, Direktor Schweizerischer Verband für Weiterbildung.

Ebenfalls Thema einer Sitzung waren die elektronischen Bildungsmedien. Dazu erhielt die Fachkommission einen Input von Hanna Muralt Müller, frühere Vizekanzerin der Eidgenossenschaft. Insbesondere in Bezug auf das lebenslange Lernen und die Möglichkeit, ort- und zeitunabhängig zu lernen - und damit verbunden der chancengleiche Zugang zu Bildung - fand ein angeregter Austausch statt, der darin mündete, dass die Fachkommission die Erarbeitung eines Positionspapiers zu diesem Thema in Auftrag gab.

Die Stärkung der Berufsbildung war ebenfalls Inhalt einer Sitzung. Die Kommission hörte ein Inputreferat von Dalia Schipper, Direktorin Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung. U.a. stellte sich die Frage, wie der Anteil von Jugendlichen, die über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen, erhöht werden kann. Auch die teilweise etwas wenig bekannte höhere Berufsbildung (Tertiär B: eidgenössische Berufsprüfung, höhere Fachprüfung, höhere Fachschulen) war Inhalt einer Sitzung. Als Fachleute anwesend waren Bruno Weber-Gobet von Travail.Suisse und Urs Keller, Rektor ABB Technikerschule.

Basierend auf den SP-Bildungsthesen von 2008 hat die Fachkommission die Frage der Integration traktandiert. Es wurde diskutiert, wie ein Umbau der Schule und deren Ausrichtung auf ein inklusives Pädagogikverständnis, das Verschiedenheit willkommen heisst und die individuellen Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler berücksichtigt, ermöglicht wird. Als Fachleute anwesend waren Daniela Belmont Elmer und Annelise Schnoz von der Bildungsdirektion Kanton Zürich, Beatrice Kronenberg, Direktorin Zentrum für Heil- und Sonderpädagogik und Julien Eggenberger, Syndicat des services publics, Waadt.

Fachkommission Migration und Integration

Die Kommission verfügt über einen Fundus von über 100 interessierten Genossinnen und Genossen und über einen Stamm von rund 20 regelmässig teilnehmenden Mitgliedern. Sie behandelte in ihrer Arbeit ausgeglichen Fragestellungen im Themenbereich der Integration sowie der Migration und des Asyls.

Anschliessend an eine frühere Sitzung zur Notwendigkeit und Möglichkeit eines Bundesgesetzes zur Integration liess sich die Fachkommission von Adrian Gerber, der selber Mitglied der Kommission und gleichzeitig Leiter der Abteilung Integration des BFM ist, die Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes erläutern. Sie vertiefte anschliessend die integrationspolitischen Fragestellungen mit einer Sitzung ausschliesslich zur Antidiskriminierungspolitik und lud hierzu Michele Galizia, den Leiter der verwaltungsinternen Fachstelle für Rassismusbekämpfung EDI sowie Doris Angst, Geschäftsführerin der unabhängigen Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR sowie zwei ihrer Mitarbeiterinnen ein. Aus der spannenden Diskussion resultierte klar, dass nicht nur auf der Ebene der Umsetzung bestehender Möglichkeiten zur Rassismusbekämpfung Handlungsbedarf besteht, sondern auch bei der Weiterentwicklung der gesetzlichen Grundlagen, welche im Vergleich zur EU sehr rudimentär sind.

Unter dem Titel „Ein Machtkampf ohne Sieger: Es braucht neue Ansätze im Umgang mit Migration aus Drittstaaten.“ brachte Stefan Schlegel, Leiter der Arbeitsgruppe Migration des Forums Aussenpolitik (www.foraus.ch) mit einem Inputreferat neue Ansätze in der Migrationspolitik zur Diskussion. Die darin enthaltene explizite Kritik am Zweikreisemodell floss anschliessend in die Arbeiten am Migrationspapier der Partei ein.

Die letzte Sitzung im 2011 war der Asylpolitik gewidmet und war gleichzeitig ein Highlight der Kommissionsarbeit. Bundesrätin Simonetta Sommaruga persönlich stellte der Fachkommission ihre Ziele und Visionen in der Asylpolitik vor. Mit dabei waren auch Mario Gattiker, Leiter des Bundesamts für Migration und Walter Stöckli, der als Fachkommissionsmitglied (und gleichzeitig Präsident der asylrechtlichen Abteilung des Bundesverwaltungsgerichts) einen kritischen Input zu den Beschleunigungsvorstellungen aus persönlicher Sicht machte.

Fachkommission Staat und Recht

Die Fachkommission hat ihren regelmässigen Sitzungsturnus aufgrund sehr unregelmässiger und geringer Teilnahme seitens der Mitglieder und Interessierten vorläufig eingestellt. Das Präsidium ist derzeit vakant, das Gefäss bleibt aber bestehen und bietet Interessierten die Möglichkeit gezielt einzelne Themen aus dem Zuständigkeitsbereich der Kommission zu traktandieren. In diesem Modus fand unter der Leitung von Margret Kiener Nellen im September 2010 eine hochspannende Sitzung zum Thema „Faire Wahlen und Abstimmungen und Transparenz bei der Parteienfinanzierung“ mit Inputs von Martina Caroni, Professorin für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Luzern und Oswald Sigg, Staatswissenschaftler und ehem. Bundesratssprecher statt. Dabei wurde einmal mehr deutlich, dass die Schweiz hinsichtlich der fehlenden Transparenz in der Parteien- und Abstimmungsfinanzierung in Europa ein Unikum ist und aus Sicht der OSZE ein „Entwicklungsland mit Verbesserungspotential“. Gestützt auf die Resultate der Fachkommissionssitzung reichte die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung eine parlamentarische Initiative für die Einführung einer Offenlegungsstelle für Parteifinanzen ein ([10.051](#)).

Ebenfalls wichtig waren die in der Delegation RK-N zu zentralen Themen im Zuständigkeitsbereich der Kommission geführten Diskussionen. Zentralstes Thema in der Delegation RK-N war neben der Verfassungsgerichtsbarkeit auch während der zweiten Legislaturhälfte sicher die Abzockerei. Sowohl während der Behandlung der Aktienrechtsrevision wie auch bei der Behandlung des direkten und indirekten Gegenvorschlags zur Abzockerinitiative hat die SP-Fraktion gezeigt, dass sie die einzige ernst zu nehmende politische Kraft ist, die die Abzockerei wirklich konsequent bekämpft.

Fachkommission sexuelle Orientierung und Identität

Die aus dem Verein „Fachkommission Lesben und Schwule in der SP Schweiz“ hervorgegangene neue parteiinterne „Fachkommission für sexuelle Orientierung“ und Identität“ traf sich im Juni 2010 zu einer gutbesuchten konstituierenden Sitzung und legte eine spannende und anspruchsvolle Themenliste für ihre Arbeit fest.

Je eine Sitzung war dem Thema Intersexualität (mit Kathrin Zehnder, Autorin von „Zwitter beim Namen nennen. Intersexualität zwischen Pathologie, Selbstbestimmung und leiblicher Erfahrung“ und Karin Plattner, Präsidentin und Initiantin des Vereins SI Selbsthilfe Intersexualität als Referentinnen) und dem Thema Transsexualität gewidmet (mit Alex Recher, Alicia Parel und Esther Brunner vom Transgender Network Switzerland (TGNS) als Gästen). Dabei wurde deutlich, wie viel Öffentlichkeitsarbeit noch zu leisten ist, um die Anliegen und Probleme der Betroffenen der breiten Öffentlichkeit verständlich und bewusst zu machen. Aus der Sitzung zur Intersexualität resultierte ein politischer Vorstoss von Margret Kiener Nellen ([11.3265](#) Umgang mit Varianten der Geschlechtsentwicklung).

Darüber hinaus befasste sich die Fachkommission an mehreren Sitzungen mit allgemeinen und strategischen Fragen und bereitete insbesondere das Lobbying mit vor, welches dazu führte, dass die politischen Vorstösse gegen das Adoptionsverbot für Menschen in eingetragener Partnerschaft mehrheitsfähig wurden, was sicherlich als politischer Meilenstein bezeichnet werden darf.

Fachkommission Wirtschaft und Finanzen

Die vierteljährlichen Treffen der wirtschafts- und finanzpolitischen Fachkommission bringen regelmässig ExpertInnen aus der Privatwirtschaft, Verwaltung wie auch der Wissenschaft zusammen.

Zu Beginn des ersten Berichtsjahres widmete die Kommission – wie bereits mehrfach in früheren Jahren – mit den Gästen Stefan Meierhans (Preisüberwacher), dem Freiburger Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger, Coop-Vertreter Pius Odermann und Patrik Ducrey von der Wettbewerbskommission (Weko) eine Sitzung der weiterhin bestehenden Hochpreisinsel Schweiz. Die hohen Preise waren ebenso an einer Sitzung im zweiten Berichtsjahr nochmals Thema vor dem Hintergrund der anstehenden Kartellgesetzrevision. Dabei waren als Gäste Weko-Direktor Rafael Corazza und der Zürcher Kartellrechtsprofessor Roger Zäch eingeladen.

Bei zwei Gelegenheiten während der beiden Berichtsjahre organisierte die Fachkommission die Sitzungen zusammen mit der Schwesterkommission für Umwelt, Energie und Raumplanung. So stand bei einer ersten Sitzung die Suche nach einer sozialen und nachhaltigen Boden- und Wohnbaupolitik zur Debatte (mit Jacqueline Badran und Urs Hausmann von Wüest & Partner). Ebenfalls anlässlich einer gemeinsamen Sitzung präsentierten der Direktor der Steuerverwaltung, Urs Ursprung, und Professor Gunter Stephan von der Uni Bern ihre Vorstellungen einer zukunftsweisen den ökologischen Steuerreform.

Auf grosses Interesse unter den Kommissionsmitgliedern stiess zudem eine Sitzung zum Thema „Potentaten-Gelder in der Schweiz“. Anlass für die Debatte mit Vertretern der FINMA, der Credit Suisse sowie von Alliance Sud war die Publikation des entsprechenden FINMA-Berichts und ein umfassendes Vorstosspaket zu dem Umgang mit Potentatengeldern der SP-Bundeshausfraktion.

Fachkommission Landwirtschaft

Die agrarpolitische Fachkommission ist zwar eine verhältnismässig kleine Arbeitsgruppe, doch der exklusive Kreis von rund zehn ExpertInnen, die sich einmal pro Session zu einer Sitzung trifft, ist für den Positionsbezug der Partei in Landwirtschaftsfragen immer wieder entscheidend. Während bei-

den Berichtsjahren stand die Agrarpolitik 2014-2017, die voraussichtlich Ende Jahr in den parlamentarischen Erstrat kommt, im Zentrum der Fachkommissionssitzungen. Eine erste Sitzung war der Ausarbeitung der Vernehmlassungsantwort der SP Schweiz zur AP 2014/17 gewidmet. Später debattierte die Kommission mit Gästen aus der SP nahestehenden Organisationen wie Agrarallianz, Uniterre, Bio Suisse oder Vision Landwirtschaft die anstehenden agrarpolitischen Reformen. Anlässlich der letzten Sitzung der Berichtsperiode bereiteten die zuständigen Mitglieder der Bundeshausfraktion zusammen mit der Fachkommission die bundesrätliche Agrarvorlage für die Arbeit in den zuständigen Parlamentskommissionen vor.

Ganz konkret wurde zudem an zwei weiteren Sitzungen mit ExpertInnen des Bauernverbands bzw. von Max Havelaar auch die Herausforderungen am Zuckermarkt bzw. mit den Grossverteilern und VertreterInnen des Bundesamtes für Landwirtschaft die Probleme bei der konkreten Umsetzung der Cassis-de-Dijon-Bestimmungen diskutiert.

Eine Sitzung der besonderen Art fand anlässlich der Verabschiedung von Andrea Hämmerle als langjähriger Kommissionspräsident zum Legislaturende im September 2011 auf dem Hof von Kommissionsmitglied Regina Fuhrer statt.

Fachkommission für Aussenpolitik

Die Fachkommission beschäftigte sich wiederholt mit der Europapolitik, so mehrfach mit der Beschneidung grundlegender Arbeitnehmerrechte durch den Europäischen Gerichtshof und den Wegen, wie der Arbeitnehmerschutz in der Schweiz und in Europa gestärkt werden kann. Auch die Lösung der so genannten institutionellen Frage – d.h. die Übernahme von neuem EU-Recht, die Überwachung und die Streitbeilegung im Rahmen der bilateralen Verträge – und die Beitrittsfrage bildeten Themen der Fachkommission.

Ein weiteres zentrales Thema bildete die Frage, wie der Arbeitnehmerschutz, Umweltstandards und die Menschenrechte im Rahmen des Internationalen Wirtschaftsrechts, namentlich von Freihandelsverträgen, aber auch in der WTO und im Rahmen von Abkommen zum Investitionsschutz gestärkt werden können. Aus dieser Arbeit entstanden verschiedene Grundlagendokumente, die von der Fraktion bestätigt und mit Vorstössen, Themenanträgen in der Aussenpolitischen Kommission und weiteren Instrumenten umgesetzt wurden.

Die Fachkommission beschäftigte sich immer wieder mit Fragen der Konfliktlösung, darunter dem Nahostkonflikt, zu dem die Fachkommission ein erneuertes Positionspapier erarbeitete, das Handlungsmöglichkeiten der Schweiz aufzeigt. Auch der arabische Frühling mit den Aufständen in Tunesien, Ägypten und Libyen sowie später der von aussen militarisierte Aufstand in Syrien wurden in der Fachkommission vertieft analysiert, Vorstösse für die Fraktion und Resolutionen zu Handen der Delegiertenversammlung erarbeitet. In diesen Kontext gehört auch eine vertiefende Debatte über eine programmatische Position zur Stärkung der Kohärenz zwischen Entwicklungshilfe, Friedensförderung und kollektiver Sicherheit.

Die Fachkommission hörte ferner Fachleute an, wie die Gouvernanz und Transparenz in der Rohstoffwirtschaft erhöht werden kann – etwa mit der Einführung neuer Rechnungslegungsvorschriften („Country-by-Country-Reporting“, „Publish-what-you-pay“) oder mittels der Stärkung der Transparenzinitiative EITI. Die Schweiz hat sich im weltweiten Rohstoffhandel zu einer wichtigen Drehscheibe entwickelt. Damit sind bedeutende Reputationsrisiken verbunden, die auf die Schweiz zurückfallen könnten, was die Fachkommission vertiefte.

Immer wieder beschäftigte sich die Fachkommission auch mit Steuerfragen. Sie erarbeitete ein Positionspapier zu den Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) und schlug eine neue Strategie namentlich gegenüber Schwellen- und Entwicklungsländern vor. Die Fachkommission hörte auch zur Rolle der Schweiz im Rahmen der internationalen Diskussionen über die Unternehmensbesteue-

rung Fachleute an und erarbeitete dazu Grundlagen für die Arbeit der Fraktion. Für die SP ist klar, dass schädliche Praktiken im internationalen Steuerwettbewerb koordiniert beseitigt und die Schweiz hier eine proaktive Politik entwickeln muss, statt stets nur zu handeln, wenn sie mit dem Rücken zur Wand steht.

Fachkommission für Frieden und Sicherheit

Die Fachkommission hat sich intensiv mit Kernpunkten der schweizerischen Sicherheits- und Militärpolitik sowie der Friedensförderung befasst. Ausgehend von einem Auftrag des Parteitages in Aarau führte die Fachkommission Anhörungen zum Thema Katastrophenvorsorge und Gefahrenabwehr durch. Existenzbedrohende Schadenpotenziale – wie AKW oder die anhaltende massenhafte Stationierung von Atomwaffen in Europa – sind a priori nicht tolerierbar. Auch das wachsende Risiko von Naturkatastrophen ist nicht naturgegeben, sondern geht auf ein nicht nachhaltiges Wachstumsmodell zurück. Im Schadenfall sind professionalisierte und regionalisierte Blaulicht-Organisationen (Feuerwehr, Polizei und Sanität usw.) gefragt und der Armee und ein überforderter Zivilschutz. Entsprechend legte die SP in den Vernehmlassungen zum Sicherheitspolitischen Bericht den Akzent auf Prävention, auf zivile professionelle Organisation statt Milizfolklore und auf einen starken Ab- und Umbau von Armee und Zivilschutz. Die Fachkommission setzte sich auch mit der SP Stellungnahme zum Armeebericht 2010 auseinander und befürwortete die Forderung nach Aufhebung der Wehrpflicht, einer massiven Reduktion der Bestände und einer Aufwertung von Beiträgen zur Friedensförderung im Rahmen einer UNO-geführten kollektiven Sicherheit. Nachdem sich der Bundesrat im Armeebericht 2010 für eine Verdoppelung der Friedensförderungseinsätze bis 2014 ausgesprochen hat, hörte die Fachkommission Fachleute zur Frage an, wann, wo und wie dies umgesetzt werden könnte. Auch zu den Möglichkeiten zur Vertiefung der sicherheits- und friedenspolitischen Kooperation der Schweiz mit der EU hörte die Fachkommission Fachleute an und erarbeitete Grundlagen für die Arbeit der SP Fraktion. Konkret betrachtet wurden zudem Projektplanungen und -beispiele zur Friedensförderung und Stärkung der menschlichen Sicherheit in Nordafrika und dem Nordkaukasus. Weitere Themen betrafen die langfristige Entwicklung der militärabhängigen Beschäftigung und den Rüstungsarbeitsplätzen in der Schweiz, der Eigenerstrategie des Bundes gegenüber der RUAG und den Möglichkeiten zur Rüstungskonversion.

Bildung in den Jahren 2010 und 2011

In den Jahren 2010 und 2011 fanden insgesamt 7 Koordinationskonferenzen (KoKo) statt. An diesen Konferenzen wurden nationale Abstimmungskampagnen sowie die Unterschriften-sammlungen zu der Mindestlohninitiative, der Cleantech-Initiative und der Initiative für eine öffentliche Krankenkasse thematisiert und das gemeinsame Vorgehen beschlossen. Der Schwerpunkt der KoKo lag im 2010 bei der gemeinsamen Dachkampagne zu den eidgenössischen Wahlen 2011. Die Koordinationskonferenz verabschiedete dazu ein detailliertes Konzept. Zum ersten Mal führten die Kantonalparteien eine einheitliche Wahlkampagne in der ganzen Schweiz durch. Der einheitliche Auftritt mit einem hervorragenden Slogan (für alle statt für wenige), durch die KoKo ausgewählte drei Giveaways und das koordinierte Plakatieren und Inserieren machten die SP sichtbar durch die ganze Schweiz. Dezentral wurden mit allen Kandidierenden Fotoshootings angeboten. Das war logistisch eine Herausforderung aber damit erreichten wir zusätzlich Einheitlichkeit im Auftritt. Ein Ausschuss der Koordinationskonferenz begleitete auch die Wahlkampagne der SP Schweiz.

2010 fand eine thematische Schulung zur Steuergerechtigkeitsinitiative statt. Zudem wurde eine zweitägige Tagung zum Thema Energie durchgeführt. Dieser Anlass war sehr gut besucht. Das Nachwuchsförderungsprogramm „Junge Perspektiven“ war auch 2010 und 2011 ein voller Erfolg. Jährlich erhält eine Kerngruppe von Nachwuchstalenten an mehreren Anlässen die Möglichkeit sich durch Profis in der Kampagnenführung, im Schreiben für Medien und für TV- und Radio-Auftritte schulen zu lassen. Dazu wurden jeweils 5 Anlässe organisiert, mit je 20 Teilnehmenden.

Die weiteren Bildungsveranstaltungen standen alle unter dem Vorzeichen der Wahlen. Anfangs 2010 wurden drei spezifische Schulungen für WahlkampfleiterInnen durchgeführt. Der Anlass im Spätherbst 2010 (im Bundeshaus) mit rund 100 KandidatInnen und an einer Kandidatur Interessierten galt als Start in den Wahlkampf. Nach Abschluss der Nominationsverfahren wurden Schulungen für Kandidierende, sowohl inhaltlicher wie auch handwerklicher Art (Medientraining etc.) angeboten. (Wir machten im Vorfeld bei allen KandidatInnen eine Bedürfnisabklärung.) Die Schulungen wurden auf Deutsch und auf Französisch durchgeführt und ausserordentlich gut besucht. Die abschliessende Evaluation der Anlässe zeigte, dass es genau das richtige Angebot war.

Mitgliederstatistik seit 1995 (Stand März 2012)

Kanton	1995	2000	2005	2008	2009	+/- in %	2010	+/- in %	2011	+/- in %	2012	+/- in %
Aargau	3138	2854	2543	2329	2345	0.7%	2310	-1.5%	2247	-2.7%	2212	-1.6%
Appenzell	170	159	214	225	231	2.7%	226	-2.2%	233	3.1%	233	0.0%
Baselland	1550	1459	1423	1381	1372	-0.7%	1338	-2.5%	1294	-3.3%	1292	-0.2%
Basel Stadt	947	936	908	835	833	-0.2%	744	-10.7%	848	14.0%	812	-4.2%
Bern	10580	9148	8285	7657	7394	-3.4%	7217	-2.4%	7034	-2.5%	6980	-0.8%
Fribourg	814	963	744	854	861	0.8%	782	-9.2%	851	8.8%	923	8.5%
Genève	799	855	767	907	598	-34.1%	790	32.1%	825	4.4%	873	5.8%
Glarus	221	222	216	208	202	-2.9%	184	-8.9%	177	-3.8%	172	-2.8%
Graubünden	586	568	600	588	598	1.7%	611	2.2%	617	1.0%	617	0.0%
Jura	611	514	486	484	484	0.0%	496	2.5%	488	-1.6%	485	-0.6%
Luzern	842	855	831	808	814	0.7%	766	-5.9%	761	-0.7%	779	2.4%
Neuchâtel	1071	964	970	949	1044	10.0%	950	-9.0%	961	1.2%	934	-2.8%
Nidwalden	24	51	41	39	42	7.7%	41	-2.4%	38	-7.3%	38	0.0%
Oberwallis	166	245	253	213	215	0.9%	182	-15.3%	179	-1.6%	180	0.6%
Obwalden	0	109	152	141	139	-1.4%	129	-7.2%	145	12.4%	144	-0.7%
Schaffhausen	824	699	650	628	600	-4.5%	577	-3.8%	547	-5.2%	531	-2.9%
Schwyz	412	397	445	421	445	5.7%	434	-2.5%	418	-3.7%	434	3.8%
Solothurn	3011	2744	2446	2380	2327	-2.2%	2182	-6.2%	2115	-3.1%	2073	-2.0%
St. Gallen	1609	1633	1631	1572	1502	-4.5%	1440	-4.1%	1412	-1.9%	1403	-0.6%
Tessin	1474	1694	1455	1436	1432	-0.3%	1247	-12.9%	1298	4.1%	1275	-1.8%
Thurgau	858	785	743	742	718	-3.2%	693	-3.5%	702	1.3%	669	-4.7%
Uri	190	187	184	178	181	1.7%	177	-2.2%	178	0.6%	182	2.2%
Valais romand	576	576	594	554	561	1.3%	565	0.7%	488	-13.6%	487	-0.2%
Vaud	2107	1980	1700	1912	2000	4.6%	1952	-2.4%	2053	5.2%	2103	2.4%
Zug	271	240	244	244	227	-7.0%	211	-7.0%	209	-0.9%	207	-1.0%
Zürich	6159	5830	5661	5179	5189	0.2%	5144	-0.9%	5108	-0.7%	4996	-2.2%
Schweiz	39010	36667	34186	32864	32354	-1.6%	31388	-3.0%	31226	-0.5%	31034	-0.6%

